

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Krankenhausversorgung im Land Bremen durch kommunale Beteiligung verbessern und sicherstellen!**

Nach den jahrelangen, immer wieder gescheiterten Bemühungen um die Krankenhausreform in Bremerhaven bietet sich durch den Verkauf der Kliniken Bürgerpark und St. Joseph-Hospital die Chance, endlich die Voraussetzungen für eine gemeinsame Planung der drei Bremerhavener Kliniken zu schaffen. Diese Chance liegt in einem kommunalen Erwerb der beiden zum Verkauf stehenden Häuser oder im Erwerb einer kommunalen Mehrheitsbeteiligung.

Diese Option, die sich angesichts der Situation aufdrängt, erfordert ein gemeinsames Vorgehen von Senat und Magistrat. Für die Gesundheitsversorgung in Bremerhaven, aber auch für die kommunale Klinik Reinkenheide wäre es eine ausgesprochen problematische Entwicklung, wenn die beiden Kliniken der Stiftung DRK-Kliniken Wesermünde von einem Investor aufgekauft würden, der eine Strategie der Profitmaximierung durch Personalabbau, Lohnsenkung und „Rosinenpickerei“ betreibt. Damit wäre auch die Krankenhausreform Bremerhaven am Ende.

Gegen die Option einer kommunalen Übernahme ist bislang kaum ein Argument angeführt worden außer dem, ein derartiges finanzielles Engagement sei in Zeiten der Haushaltskrise nicht machbar. Dieses Argument kann nicht überzeugen. Einerseits ist ein Erwerb von Beteiligungen keine Erhöhung des strukturellen Defizits. Andererseits müssen Land und Kommune das Interesse verfolgen, durch eine abgestimmte Krankenhausversorgung in Bremerhaven die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Lebensfähigkeit aller drei Häuser und für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung zu schaffen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. umgehend in Abstimmung mit dem Magistrat Bremerhaven und der Geschäftsführung des Klinikums Reinkenheide einen Vorschlag zu erarbeiten, wie durch eine kommunale Mehrheitsbeteiligung an der Bürgerpark-Klinik und dem St. Joseph-Hospital, oder durch einen komplett kommunalen Erwerb beider Häuser, die Krankenhausversorgung in Bremerhaven gesichert und optimiert werden kann;
2. die Stiftung DRK-Kliniken Wesermünde aufzufordern, der Öffentlichkeit, den staatlichen Behörden und den Beschäftigten ausreichend detaillierte Auskunft über die tatsächliche finanzielle Lage der beiden Häuser zu geben;
3. im Rahmen der Krankenhausförderung des Landes gegebenenfalls auf dem Weg der Verwendungsnachweisprüfung Aufschluss zu erlangen, ob die wirtschaftlichen Voraussetzungen für längerfristige Investitionsvorhaben gegeben sind;
4. unter Einbeziehung der Erfahrungen der GeNo und in Abstimmung mit dem Magistrat und dem Klinikum Reinkenheide Eckpunkte eines Zukunftskonzepts für einen zukünftigen kommunalen Klinikverbund Bremerhaven vorzulegen,

mit dem die Krankenhausreform Bremerhaven unter der Bedingung einer gemeinsamen kommunalen Führung tatsächlich zum Abschluss gebracht werden kann.

Peter Erlanson, Claudia Bernhard,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE